

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
find in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cinddenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cinddenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Gobert, der Ehrhardtmann!

Seine Aussage — ein Racheakt!

Langsam beginnt jeder Zweifel darüber zu schwinden, warum am letzten Verhandlungstage in Magdeburg der angebliche Kaiser Paul Gobert aus Dortmund erschien, um eine in sich unwahrscheinliche Aussage gegen den Reichspräsidenten Ebert zu machen.

Dieser Mann hat nämlich im März d. J. ein dringendes Unterstützungsgesuch an den Reichspräsidenten gerichtet, um, wie er schrieb, „aus Staatsmitteln“ Geld zu bekommen. Er gab in seinem Gesuche folgendes an: Bis zum Kapp-Putsch sei er selbständiger Unternehmer in Dortmund gewesen und habe infolge des Kapp-Putsches sein ganzes Vermögen verloren dadurch, daß er für seine sämtlichen Arbeiter während des Abwehrstreiks den Lohn bezahlen mußte. Außerdem sei er dort unmöglich geworden, weil er mit seinen Arbeitern während des Abwehrstreiks unter eigener Lebensgefahr angebliche Notstandsarbeiten ausgeführt habe und nunmehr als Streikbrecher gelte.

Tatsächlich hat der Mann

zweieinviertel Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung von Lohngebern

verbüßt. Aber auch diese Strafe führt er nur auf die Folgen des Kapp-Putsches zurück und auf seine „treudeutsche Gesinnung“!

Vielleicht hat der Brave geglaubt, daß, wenn er einen schwungvollen Bittbrief an den Reichspräsidenten richtet, ihm sofort mit vollen Händen Geld zugewandt würde. Daß über seine Angaben aber erst Erkundigungen eingezogen werden mußten, hat er sicher nicht vorausgesehen. Er bettelte deshalb gleichzeitig bei verschiedenen anderen Stellen um Unterstützung, bedrohte einen Wohlfahrtsvorsteher in dessen Wohnung so unverschämt, daß dieser sich weigerte, ferner mit ihm zu verhandeln und glaubte, daß ein tödlicher Angriff Goberts auf ihn nur deswegen nicht erfolgt sei, weil sein wachsammer Hund mit ihm im Zimmer war.

Bei solchen Gelegenheiten

gab sich Gobert als Ehrhardt-Mann aus,

der noch zu jener Zeit — Anfang April d. J. — in Berlin die Versammlungen der Ehrhardt-Brüder besuchte. Da er aber aus dem Bureau des Reichspräsidenten Unterstützung erwartete, ließ er durch seine Frau treuherrlich versichern, jetzt würden sie beide mehrheitssozialistisch wählen! Als aber auch diese Versicherung nichts half und die erwartete Unterstützung mit Rücksicht auf sein Vorleben und die Unwahrscheinlichkeit seiner Angaben ausblieb, wurde er rabiat und erklärte, der Reichspräsident habe nicht nur seine Partei genossen, sondern das ganze Volk zu unterstützen!

Inzwischen ist festgestellt, daß Gobert als angeblicher Ruhrflüchtling für Ruhrflüchtlinge gesammelt hat und daß er wegen

Fälschung von solchen Sammelisten und Unterschlagung wieder einmal ins Gefängnis spazieren mußte. Selbstverständ-

lich ist er wieder nur „ein Opfer seiner treudeutschen Gesinnung“ geworden und der eigentliche Fälscher dieser Sammelliste ist der große Unbekannte, der ins besetzte Gebiet geschlüpft sein soll.

Es ergibt sich also aus diesen Mitteilungen, daß der Ehrhardt-Mann Gobert, der angeblich wegen seiner Streitarbeit sein Geschäft verloren hat, auf der anderen Seite aber behauptet, noch während des Kapp-Putsches bei den Ehrhardt-Leuten auf der Seite Kapps mitgeföhrt zu haben, wegen verweigerter Unterstützung einen besonderen Haß auf den Reichspräsidenten hat, und daß seine mit der Miene eines Biedermannes vorgetragene Zeugenaussage sich als

ein ganz gemeingefährlicher Racheakt

darstellt. Entweder ist der Mann ein pathologischer Lügner, dem nicht ein Wort zu glauben ist, oder aber es handelt sich um einen bewußten Meineid, der aus Rachegefühlen entsprungen ist. Vielleicht gibt die Aussage seiner Frau einige Aufklärung, wonach der Mann vom Heeresdienst entlassen wurde, weil er infolge Verschüttung schwer nervenleidend geworden sei?

Auf jeden Fall kann das Magdeburger Gericht auch nach Abschluß der Beweisaufnahme nicht um die Ausgabe herumkommen, das Vorleben des in letzter Minute aufgetauchten Zeugen sehr eingehend nachzuprüfen. Dieser deutschnationale Kronzeuge zeigt sich bei näherer Beleuchtung als ein

noch übleres Subjekt wie Syrig.

dessen Aussage ihn erst veranlaßt hat, die gleichen Vorbeeren pflücken zu wollen. Wir können nicht annehmen, daß die Staatsanwaltschaft an ihrer Pflicht vorbeigehen wird, Meineidige ihrer gerechten Strafe zuzuföhren. Wir erwarten deshalb, daß die Meineidsfabrik sehr genau untersucht wird und alle Beteiligten, Anführer wie Anführer, vor Gericht gestellt werden. Den Deutschnationalen, die den kleinen Propagandaredeakteur aus Stahfurt und seinen Prozeß benutzen wollten, um mit Hilfe von falschen Zeugen einen Ehrenmann moralisch zu töten, darf nichts, aber auch gar nichts geschenkt werden!

Von anderer Seite erfahren wir noch, daß sich Paul Gobert im Oktober des Jahres 1923 bei der Rhein-Ruhr-Abteilung mit der Angabe als Unierstützungsbedürftiger meldete, er habe wegen Beteiligung am Kapp-Putsch eine Strafe verbüßt und werde nunmehr von den Franzosen nicht mehr in das besetzte Gebiet hereinzulassen. Da sich das als Schwindel herausstellte, wurde Gobert von der Unterstüfung ausgeschlossen. Außerdem wurde er wegen Unterstützungsbetruges zur Anzeige gebracht. Als Gobert daraufhin Verleumdungen gegen die Rhein-Ruhr-Abteilung verbreitete, sah sich die betreffende Stelle genötigt, gegen ihn auch wegen Beleidigung vorzugehen.

Der Bankrott der Krisenmacher.

Die Verantwortung der Volkspartei.

Der Bürgerblock ist gescheitert. Im Lager der Bürgerblockparteien herrscht Bestürzung. Die Presse des Bürgerblocks ist enttäuscht und verblüfft. Sie scheint wirklich an das Zustandekommen eines Bürgerblocks fest geglaubt zu haben, so fest, daß sie auch heute noch nicht recht an das Ende aller Bürgerblockhoffnungen glaubt. Der Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums hat allem Anschein nach wie eine Bombe bei den Bürgerblockparteien eingeschlagen. Nun klagt ihre Presse über „Mangel an staatsbürgerlicher Einsicht und notwendigem Verantwortungsgefühl“ beim Zentrum, wie es ausgerechnet in der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen steht oder sie beginnt das Zentrum nach den Methoden zu beschimpfen, die im Kampf gegen Erzberger in der deutschnationalen Presse üblich waren. Das ist die Haltung der Scherl-Presse angesichts der Klärung der Situation. Vollständig salfungslos ist die „Zeit“, das Organ Stresemanns. Sie schreibt:

„Der Beschluß des Zentrums, der gestern nachmittag sehr schnell zu einer Wendung der Dinge geführt hat, die noch nicht zu erwarten war, als sich der Reichspräsident am Mittag wegen der Kabinetsbildung an Dr. Stresemann wandte, ist nicht zu verstehen. Rücksicht und Erinnerungen an die Vorgänge während des Wahlkampfes dürften doch jetzt, im Stadium der Bildung einer neuen Reichsregierung, für die Haltung einer großen Fraktion nicht mehr ausschlaggebend sein! Der politische Grund, der in der Entschlebung der Zentrumsfaktion angegeben wird, leuchtet ebenso wenig ein. Wenn nämlich das Zentrum in dieser Entscheidung feststeht, daß es sich nur an einer Regierung beteiligen werde, die die Gewähr für die ungehinderte Fortführung der bisherigen Politik der Mitte böte, so hätte doch eine derartige Gewähr immerhin im Laufe der Verhandlungen noch geboten werden können, wenn die Deutschnationale Volkspartei eine entsprechende Erklärung abgegeben haben würde. Jedenfalls scheint der einzige Versuch, auf tragfähiger parlamentarischer Wehrheit eine bürgerliche Regierung zu gründen, durch das Verhalten des Zentrums gescheitert zu sein, und es ist wohl anzunehmen, daß sich der Reichspräsident nun an das Zentrum selbst wenden wird. Alle Wahrscheinlichkeit nach werden die Verhandlungen über die Regierungsabildung nun wieder den schwebenden Charakter annehmen, der schon manche deutsche Regierungsabildung gekennzeichnet hat und dem deutschen Volke niemals zum Guten dienlich.“

Das ist eine völlige Bankrotterklärung der Politik der Deutschen Volkspartei! Sie kann es nicht verstehen, daß eine große Partei sich nicht von Herrn Stresemann als Objekt behandeln läßt. Sie kann es nicht verstehen, daß es in Deutschland republikanische Mittelparteien gibt, deren Stellung zu Verfassung und Republik christlich ist und die ihre Politik von dieser christlichen Ueberzeugung tragen lassen. Diese Lage der Deutschen Volkspartei zeigt aber auch, was man im Lager des Herrn Stresemann unter Politik der Mitte verstehen möchte. Eine Partei, die sich der Illusion hingibt, daß die Deutschnationalen eine Erklärung für die Fortführung der bisherigen Politik der Mitte abgeben würden, kann unter Politik der Mitte nichts anderes verstehen, als eine schlecht verhüllte Bürgerblockpolitik.

Der Hinweis der „Zeit“, daß man im Verlaufe weiterer Verhandlungen vielleicht doch noch eine platonische Erklärung für die Fortführung der bisherigen Politik der Mitte erhalten hätte, strahlt zugleich die früheren Versicherungen der Deutschen Volkspartei lügen. Die Volkspartei hat sich zum Hausknecht des Bürgerblocks gemacht, ohne sich vorher Klarheit zu verschaffen über die Ziele und Absichten der Deutschnationalen im Bürgerblock. Sie hat aber zugleich in der Deutlichkeit immer wieder behauptet, Ziele und Absichten der Deutschnationalen, namentlich in außenpolitischer Hinsicht, wären bereits klar gestellt. Das Kartenhaus des Herrn Stresemann ist nun zusammengebrochen.

Es bleibt die Frage: haben Herr Stresemann und die Seinen wirklich geglaubt, was sie der Deutlichkeit erzählt haben? Sind sie wirklich der Meinung gewesen, daß das Zentrum ohne Hemmung und Ueberlegung sich über Stimmung und Willen seiner Wähler hinwegsetzen und entgegen dem klar politischen Sinn des Wahlergebnisses den Bürgerblock aus der Taufe heben würde? Wir sind der Ansicht, daß Herr Stresemann und die Seinen tatsächlich in solchen Illusionen befangen waren. Diese Einbildungen sind ein wesentlicher Bestandteil der Bürgerblockideologie. Bei den Bürgerblockleuten ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Wähler, die sozialen Kräfte im Volke, die nicht nur am Wahltage auf die politische Entwicklung gestaltend einwirken, spielen in ihren Erwägungen keine Rolle. Das Wesen der Bürgerblockideologie ist eine ungeheure Mißachtung der breiten Massen des Volkes, eine gewaltige Ueberhöhung der Macht der eigenen wertigen Persönlichkeiten der Bürgerblockinteressenten. Dies groteske Unverständnis gegenüber den politischen wirklichen Kräften im Volke tritt am klarsten in der Deutschen Volkspartei hervor. Die Herren Scholz und Stresemann sind die typischen Vertreter solcher Denkweise. Je größer der Mangel an Format, um so größer auch die Selbstüberhöhung und die Mißachtung anderer. Ein Politiker, der nach diesem Wahltage und diesem Wahlausgange annehmen konnte, daß das Zentrum sich bedenkenlos über die Stimmung der Zentrumsarbeiter ab hinwegsetzen würde, daß es die soziale Grundfrage, auf der es ruht, bei seiner Entscheidung vollständig vernachlässigen würde, sollte doch überhaupt nicht mehr ernst genommen werden.

Der Plan der Bürgerblockinteressenten ist gescheitert. Nur beginnt das Geschrei und die Anflage. Das Zentrum ist schuld!

Marx beim Reichspräsidenten.

Besprechung der Lage.

Der Reichspräsident empfing heute morgen zuerst den Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leicht, und später den Reichskanzler Marx, mit dem er längere Zeit die durch die Beschlüsse der Fraktionen geschaffene neue Lage besprach. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Marx in den Reichstag, um dort mit den Parteiführern über die nunmehr zweckmäßig zu treffende Entscheidung Fassung zu nehmen.

Gewerkschaften und Handelsverträge.

Konferenz der deutschen und französischen Gewerkschafter.

Aktu. 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand in Köln eine Besprechung von Vertretern der deutschen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit Vertretern der französischen Gewerkschaften statt. Beraten wurden die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Als Ergebnis der mehrstündigen Aussprache wurde Uebereinstimmung der beiderseitigen Gewerkschaftsvertreter darüber festgestellt, daß im Interesse der Arbeiterschaft beider Länder und im Interesse einer allgemeinen gesunden Wirtschaftsentwicklung eine Befreiung der von allen Ländern nach dem Kelge des folgenden protektionistischen Wirtschaftspolitik zugunsten eines freien internationalen Warenaustausches mit dem Ziele einer wirtschaftlich rationalen internationalen Arbeitsteilung angestrebt werden müsse.

Was die Beendigung der Verhandlungen über die Bildung eines deutsch-französischen oder europäischen Eisenbündnisses mit den Handelsvertragsverhandlungen anlangt, so bestand bei den Vertretern Uebereinstimmung in der Auffassung, daß die Bildung eines solchen Bündnisses schwere Gefahren für die Arbeiterschaft und für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in den beteiligten Ländern heraufbeschwäre. Ferner waren die Gewerkschaftsvertreter sich auch darin einig, daß für den Fall des Zustandekommens eines internationalen Bündnisses eine Kontrolle der Preispolitik dieses Bündnisses und seine Wirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterschaft durch Einwirkung der Regierungen und der Arbeiterorganisationen gefördert werden müsse.

Die Gewerkschaftsvertreter verständigten sich darüber, daß die

Verbindung zwischen den beiden Gewerkschaftsorganisationen aufrechterhalten werden soll und zur weiteren Verständigung gegebenenfalls weitere Zusammenkünfte stattfinden sollen. Von besonderem Interesse war für die deutschen Gewerkschaftsvertreter die Mitteilung, daß die französische Regierung fünf Vertreter des dortigen Gewerkschaftsbundes zu den Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag hinzugezogen hat. Die Mitteilung läßt erkennen, daß die französische Regierung mehr Wert darauf legt, ihre Handelspolitik auch in Uebereinstimmung mit der Arbeiterschaft zu führen, als es leider in Deutschland bisher der Fall war.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dürften bis zum 10. Januar nicht zu Ende geführt werden. Vorläufig hat man jedenfalls erst einmal die übliche Weihnachtspause eintreten lassen. Die deutschen Regierungsvertreter versichern, daß die Verhandlungen der internationalen Schwerindustrie untereinander keinesfalls eine Regelung auf Kosten der vorerwähnten Gewerbe anstreben. Das ist reichlich optimistisch, nachdem schon infolge der deutschen Verbandsbildung die Eisenpreise während der letzten Monate ganz wesentlich gestiegen sind.

Immerhin wird tüchtig gehandelt. Die Schwerindustrie will, wie verlautet, die Arbeiter, denen das Eisen durch Zölle oder durch ein internationales Syndikat übermäßig verteuert wird, durch eine Exportvergütung schädlos halten. Sollte das zutreffen, so würde die Bergbauindustrie wieder in eine erhöhte Abhängigkeit von der Großeisenindustrie geraten. Außerdem würde, da ein Preisnachschuß nur für den Export gewährt wird, der innere Markt planmäßig durch künstliche Verteuerung von Industriewaren gedrosselt werden. Wir sind gespannt, ob die Landwirtschaft das so bereitwillig hinnehmen wird, die ja bekanntlich keine Steuern zahlen kann, offenbar aber die Verteuerung ihrer eigenen Produktionsmittel wie Maschinen, Traktoren usw. mit gar zu gern hinnehmen würde, wenn sie damit nur ihre Ansprüche auf Agrarzölle rechtserlösen kann.

Die Sachverständigenberatungen werden während der Weihnachtspause fortgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man am 10. Januar eine provisorische Regelung der Handelsbeziehungen versuchen wird, wobei jedoch Deutschland an eine Verlängerung der Einfuhrkontingente nicht denkt.

an der Krise! Der Reichspräsident ist schuld an der Krise! Der Reichspräsident will den Unfallschuld! Das Volk wird sich diese Krisenmacherei nicht mehr gefallen lassen! So schalt es jetzt aus der deutschen Presse, die die Herbeiführung der Krise durch die Volkspartei mit Freuden begrüßt hat. Mit aller Klarheit muß gegenüber diesen Versuchen zur Umwälzung der Verantwortung festgehalten werden: die Volkspartei trägt die Schuld an der bestehenden Regierungskrise. Sie hat entgegen dem klaren Sinn des Wahlergebnisses ohne zwingenden Grund, als Hausknecht des Bürgerblocks, diese Krise herbeigeführt. Die Sehnsucht nach dem Bürgerblock stand bei ihr über allen politischen Erwägungen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben bekanntlich die nationale Gesinnung gepachtet. Ihre nationale Gesinnung besteht in der Sehnsucht nach Ministerstufen, mögen darüber auch die Interessen Deutschlands auf das schwerste geschädigt werden. Die Volkspartei hat nichts anderes zu tun, als Deutschland aus einer Regierungskrise in die andere zu werfen. Das ist eine sehr bequeme Politik. Man braucht sich dabei nicht mit den sachlichen politischen Problemen zu beschäftigen. Man kann dabei die Rolle des großen und einflussreichen Mannes spielen, ohne sachliche Verantwortung übernehmen zu müssen. Das nennt man „nationale Realpolitik“.

Wird es überhaupt noch ein Problem der Räumung der besetzten Gebiete? Gibt es noch Probleme der Handels- und Wirtschaftspolitik? Kennt man in Deutschland keine Steuerprobleme und keine Aufwertungsprobleme mehr? Gibt es noch Probleme der sozialen Gesetzgebung in Deutschland? Eine Fülle von praktischer gesetzgeberischer Arbeit ist zu leisten im Interesse der außenpolitischen Stellung Deutschlands und im Interesse der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Aber die Herren vom Bürgerblock interessieren sich nicht für die sachliche Arbeit. Ihnen kommt es darauf an, ihre eigenen wertigen Persönlichkeiten entgegen dem klar ausgesprochenen Willen des Volkes wieder in die Machtpositionen zu bringen, die sie vor dem Kriege einnahmen. Ihre Presse erfüllt die Deffektivität mit Geschrei über die Regierungskrise, die die Volkspartei für den Bürgerblock inszeniert hat. Seit dem Ende der Ruhrbesetzung ist Deutschland eigentlich niemals aus den Regierungskrisen herausgekommen. An jeder Regierungskrise trug die Deutsche Volkspartei die Schuld.

So darf es nicht weitergehen. Der Beschluß des Zentrums, der einstimmig gefaßt ist, hat mit großer Deutlichkeit den Bürgerblockhoffnungen eine Grenze gesetzt. Jetzt rasch Schluß mit der von der Volkspartei künstlich inszenierten Krise! Ein Riesenmaß von sachlicher Arbeit ist zu leisten. Die Zeit darf nicht mit Krisenmacherei vertrieben werden.

Eine klare Ablehnung.

Das Zentrum auch gegen einen verfeindeten Bürgerblock. Die Rechtspresse klammert sich an den letzten Hoffnungsanker, daß der Beschluß des Zentrums vielleicht doch noch eine Hintertür für den Bürgerblock offen lasse. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem vieldeutigen Beschluß, die „Deutsche Zeitung“ rechnet auf einen Unfall des Zentrums.

Diesen letzten Hoffnungen legt die „Germania“ folgende Erklärungen entgegen:

„Die Gegner unserer Politik hätten ein ausschlaggebendes Wort mitzureden und wir müßten schließlich das Firmenschild für eine Kursfindung abgeben, die nicht die untrüge ist. Deshalb lehnt die Zentrumsfraktion die Beteiligung an einer Rechtskoalition ab. Der Beschluß ist so zu verstehen, daß weder eine direkte noch eine indirekte Beteiligung in Frage kommt. Die Spuren Unns schreiden. Wir wollen klare, eindeutige Politik, keine Verschmommenheiten und Zweideutigkeiten.“

Der Beschluß der Zentrumsfraktion ist endgültig. Man gebe sich nicht der Hoffnung hin, ihn durch taktische Schwächlinge umstoßen zu können. Wir können der Deutschen Volkspartei auch nicht zugestehen, daß sie berechtigten Grund zur Klage über das Zentrum hat. Sie konnte sich eigentlich darüber

klar sein, daß sie für die in der letzten Zeit eingehaltene Politik keine Mehrheit finden würde. Das Fraxto geht lediglich auf ihr Konto. Der Beschluß des Zentrums klärt die Situation. Er weist die Richtung, die einzuhalten ist: Zurück zur Mitte. Die drei Mittelparteien, die bisher Träger der Regierung waren, müssen sich wieder zusammensuchen und erneut die Regierung aus ihrer Mitte stellen. Gewiß: diese Regierung hat keine ziffernmäßige Mehrheit, aber sie kann auf starke moralische Wirkungen rechnen, die sich als sehr wirksam erweisen werden. Die Mittelparteien müssen unter Bergangenes einen Strich machen und ihre Erfolge für sich reden lassen. Eine andere Lösung gibt es nicht mehr. Man verschwende nicht viel Zeit mit nutzlosem Verhandeln, sondern stelle schleunigst wieder her, was nach den Bahnen zweifelslos zerfallen ist.“

Diese Erklärungen sind deutlich genug und abschließend.

Für Feschenbach!

Vom Deutschen Friedentsrat wird uns geschrieben:

Das Deutsche Friedensrat hat in seiner Sitzung vom 12. Dezember, bevor die Bognadigung des Herrn v. Jagow bekannt wurde, beschlossen, erneut eine Aktion für die Befreiung Feschenbachs einzuleiten. Es hat sich unter Vorlage des juristischen Materials über den Beschluß gegen Feschenbach an eine Stelle gewandt, deren Stellungnahme selbst auf die horthörige bayerische Regierung Eindruck machen würde.

Die inzwischen erfolgte Bognadigung Jagows beweist, wie notwendig eine Aktion für Feschenbach ist. Bei Jagow handelt es sich um den Erlaß eines Teils rechtmäßig verhängter Strafe, noch dazu um Festungshaft; bei Feschenbach liegt nach den Feststellungen der bedeutendsten Rechtsexperten Deutschlands ein Fehlurteil vor, das Feschenbach länger als zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus fest hält. Im Falle Jagow ist Gnade ergangen — wann wird im Falle Feschenbach das verletzte Recht wiederhergestellt?

Das Ende einer Heze.

Urteil im Heflein-Prozess.

Wieder hat eine deutsche nationale Heze ein klägliches Ende gefunden. Man entsinnet sich der planmäßigen Beschuldigungen, die gegen den Bürgermeister Heflein in Schirgiswalde in Sachsen, einem Zentrumsmann, erhoben wurde, weil er angeblich mit Hilfe Berliner Geldmänner die Gemeinde Schirgiswalde geschädigt habe. Es wurde von „Korruptionsjumpf“ und ähnlichem gesprochen.

Jetzt ist nach fünfjährigen Verhandlungen gegen den Berliner Handelsanwalt Heinrich Sklarz, den Bürgermeister a. D. Paul Heflein-Schirgiswalde, den Kaufmann Remnong-Schirgiswalde und den Geschäftsführer von Sklarz, den Kaufmann Straßburger in Berlin das Urteil gefällt worden. Remnong wurde wegen Unterlassung des Konkursantrags zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, welche durch die fünfmonatige Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Von der Anklage der Gläubigerbegünstigung und der Beiseitehaltung von Vermögenswerten wurde er freigesprochen. Freigesprochen wurden ferner Bürgermeister a. D. Heflein und der Geschäftsführer Straßburger. Remnong und Straßburger, die sich bisher in Untersuchungshaft befanden, wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren gegen Heinrich Sklarz wurde abgetrennt.

Mecklenburger Kommunistenprozess.

Die Strafanträge.

Leipzig, 18. Dezember. (WZ.) Ueber den weiteren Verlauf des Prozesses gegen die kommunistische Putschorganisation in Mecklenburg ist folgendes zu berichten: Die Angeklagten außer Böhmke sind voll geständig. Nur Jantz und Eggers machten geltend, daß es sich, abgesehen von der Beschaffung von Sprengstoffen für Schimmel, für sie lediglich um Gelderwerb gehandelt habe.

Zur Begründung des Strafantrags führte der Anklagenvertreter aus, daß die Angeklagten Böhmke, Schimmel und Mundt bei dem Putschversuch die Rolle der Führer gespielt hätten. Bei den übrigen Angeklagten, mit Ausnahme von Behe, solle erschwerend ins Ge-

macht, daß es sich um besonders schwere Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz handle.

Bei seiner Aufklagerede gab Dr. Besser einen ausführlichen Ueberblick über das Partisanensystem der kommunistischen Partei, das bei diesem Prozeß zum ersten Male in Erscheinung tritt. Der Angeklagte Schimmel habe das System richtig gelehrt. Seine Angaben seien durch die Auffindung des Sprengstoffes und der anderen Kampfmittel bestätigt worden. Die Bildung der Partisanen, die für Terrorakte im Bürgerkrieg bestimmt waren, habe Ende September in Berlin unter der Leitung zweier Russen begonnen, sei dann in Mecklenburg und einige Wochen später in Pommern fortgesetzt worden. Der erste Leiter in Mecklenburg sei Heud gewesen, der dann durch Schimmel ersetzt wurde. Schimmel sei nicht als Späher zu betrachten, sondern als ein Mann, der den Mut gehabt habe, sich auf Grund seiner ehrsüchtigen Ueberzeugung von der Bewegung zurückzuziehen und dazu beizutragen, das ganze Netz zu zerreißen.

Die Urteilsverkündung erfolgt morgen.

Baldwin für Schutzölle.

Konservative Wirtschaftspolitik.

London, 18. Dezember. (WZ.) Premierminister Baldwin erklärte in seiner Rede im Unterhaus, er hoffe, es werde sich irgend ein Plan ermöglichen lassen, durch den man, ohne die Lebensmittel des eigenen Volkes zu besteuern, in der Lage sein könne, den Lauf des Handels zum Nutzen des britischen Reichs und Volkes zu ändern. Baldwin wandte sich gegen die Auffassung, daß die Regierung kein Mandat für den Schutz der Industrien habe, und sagte, sie habe kein Mandat für den Schutzölle, und er habe bereits erklärt, daß er keineswegs beabsichtige, die Industrieschutzgesetzgebung zu berühren, um den Schutzölle einzuführen. Seiner Ansicht nach müsse jede Abgabe, die nach dem Industrieschutzgesetz erhoben wird, eine allgemeine und nicht eine besondere Abgabe sein. Snowden (Arbeitgeber), der nach Baldwin das Wort ergriff, fragte, was der Unterschied sei zwischen Schutzölle und Industrieschutz. Die Arbeiterpartei werde die Einbringung einer Vorlage abwarten, aber Baldwin dürfe nicht erwarten, daß ihre Annahme durch das Haus leicht sein werde. Lloyd George bezeichnete Baldwins Erklärung als eine der ernstesten, die je von einem Premierminister im Hause abgegeben wurde. Baldwin habe eigentlich eine Umwidmung des englischen Steuersystems und einen allgemeinen Tarif angekündigt und dies sei nicht eine sehr aufrichtige Weise, ihn aufzuerlegen.

Der Liberale Wedgwood Benn brachte einen offiziellen liberalen Abänderungsantrag ein, in dem das Bedauern ausgedrückt wird, daß die Thronrede die Einführung von Tarifen und Vorzugsölle antändigt. Wedgwood Benn fragte, welche Industrien die Regierung zu schützen beabsichtige und erklärte, die Vorzugspolitik der Regierung sei keine ehrliche Politik. Schließlich wurde der liberale Abänderungsantrag mit 339 gegen 151 Stimmen abgelehnt und die Antwortadresse auf die Thronrede gebilligt.

London, 18. Dezember. (WZ.) Während die hochkonservative „Morning Post“ in einer Besprechung der gestrigen Unterhausrede Baldwins die „nationale Politik“ des Premierministers begrüßt, werfen die Blätter der Opposition der Regierung vor, sie beabsichtige die Einführung eines Schutzölles.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ behauptet, Baldwins Tarifen habe die konservativen Freihändler aufgebrächt. Unter den Kritikern befinden sich die Konservativen von Bancroft. Auch einige Konservative, die nicht für den Freihandel seien, drückten die Ansicht aus, daß der Plan der Regierung zu weit gehe.

Baldwins Schutzölleprogramm, das von der konservativen Mehrheit des Unterhauses gebilligt wurde, ist der erste fühlbare Schlag, den das englische Volk von den siegreichen Konservativen erhält. Es zeigt sich erneut, daß die konservativen Wirtschaftspolitiker, wenn sie in den Besitz der Gewalt gelangt sind, rücksichtslos von ihrer Macht Gebrauch machen. Obwohl das englische Volk sich bei den Wahlen im Januar unzweifelhaft gegen den Schutzölle ausgesprochen hat, wollen die Konservativen ihren Sieg bei den letzten Wahlen benutzen, um hinterwärts den Schutzölle, den sie „Industrieschutz“ nennen, einzuführen. Diese Wendung in der englischen Wirtschaftspolitik wird für die Gestaltung der internationalen Beziehungen von größter Bedeutung sein.

Traumgesegnet.

Von Hans Heinrich Sträner.

Da sah er am lehmigen Fesde, der Siebenjährige. Die kleinen stumpfen Hände formten aus Lehm ein Gebilde, das einer zusammengekauerten Kariotoffel glich. In seinen Augen aber lag eine solche Anbacht, daß ich stehen blieb. Er lächelte das lehmige Ding, sah es lange an und — warf es unwillig fort. In seinen Augen standen Tränen.

Der Junge sagte mir, er wolle Menschen machen, aber es gehe nicht. Ich sprach: „Dann müßtest du ja ein Gott sein!“

„Warum bin ich kein Gott?“ Fragend und doch trotzig klang. Ich sah ihn raitlos an und fand kein Wort.

Des Nachts träumte mir. Ich stand an einem Flecker im Dom. Die betende Gemeinde lag auf den Knien, aber kein Himmel öffnete sich. Die Blicke hielten an der Decke, und der Gott-Traum verblähte. Auf allen Lippen lag stumm die Frage nach Gott.

Da trat der Siebenjährige vor den Altar und sprach: „Ich bin Gott!“ Ich aber schrie: „Du bist nicht Gott! Der Lehm wurde nicht lebendig unter deinen Händen!“

Ich erschrak unter seinem Blick, in dem des Lebens ganze Weisheit steckte.

„Du bist so wichtig, wie ich heute morgen war. Sieh, ich bin Mann geworden, als ich den lehmigen Klumpen zertrat. Gott ist Bewußtsein seiner selbst! Mensch aber, wer seiner Wünsche Tochter weiterschleppt und das Gesetz wie kaltes Papier zerknittern müß!“

Wü den Augen des Weisen an Altar gesegnet, erblickte ich Gott, der aus seelischen Grund'n auferstand.

Die Menge aber schlug den Weisen tot. Auch gegen mich, als ich von seinem Licht, erhob man den Stein.

Da erwachte ich, traumgesegnet.

Der Bücherkreis.

Eine vom arbeitenden Deutschland seit langem angestrebte Einrichtung ist hoffnungsvoll geworden. „Der Bücherkreis“ hat sich gebildet.

Was ist „Der Bücherkreis“?

Er ist eine Vereinigung des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der wertvollen Bevölkerung der Republik entspricht. Das Verlangen, außer der politisch informierenden Literatur, deren Buchpreise dem Säckel der Mindestbemittelten angepasst sind, auch Werke der schönen Literatur, sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterklasse an die Hand zu geben, war oft geäußert worden. Welche Kreise wollen außer der politischen auch eine zureichende Information über die Ergebnisse der neuen wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturleben vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich

mit dem dichterischen Schaffen der erstklassigen Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dies Schaffen ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsbestreben dar: für den billigen Bezug von 1 M. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gegenwärtigen Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

„Der Bücherkreis“ ist zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er darüber hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken vermittelt, der gleichfalls oft zuerst auf der Leipziger Kulturwoche, entwickelt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterklasse und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar: die Mitglieder des Bücherkreises sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Rubrik der Monatschrift „Der Bücherkreis“ ihre Gedanken über die ausgegebenen Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, sie sollen Debatten in Fluß bringen, sie sollen eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen Autorität und Leserschaft herstellen. Das demokratische Prinzip der Zeit wird im „Bücherkreis“ auf ein Gebiet übertragen, auf dem es bisher nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem literarischen Beirat des „Bücherkreises“ gehören an: Martin Andersen Regö, Hans Baluschek, Arno Holz, Paul Kampffmeyer, Karl Henckell. Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember dieses Jahres.

Eine Reihe von Zahlstellen des „Bücherkreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands errichtet worden. Für Groß-Berlin ist die Geschäfts- und Hauptzahlstelle der Bezirksbildungs-ausschüß, WZ. 68, Lindenstraße 3.

Weitere Zahlstellen sind: Verband der Graphischen Kustarbeiter (Grobmann), SW. Alte Jakobstr. 5, 5. Aufgang, 2 Tr.; Metallarbeiter-Vereinigung, SW. 87 (Bismarckstr.); Zentraler Betriebsrat (Herr Ultschdorff), Engelauer 24/26, Nummer 2; Reichs-Friedl, Tempelhofer, Oberlandstr. 6 (für den Konsum); Hans Köppler, N. Bellevuestr. 20 (für Siemens-Konzern); Clubelle, Jungfer, 10 (für National-Reparaturwerk); Truelien, Tempelhofer, Koller-Mühlweg-Str. 89 (für Reichs-Industrie); Richard Banner, Rixdosenberg, Büchlerstr. 36 (für Anony-Vertrieb); Lindner, SO. 38, Montanstr. 110 (für Zentralverband der Angestellten); Bundesratsrat, Lindenstr. 8, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 10; Kluppel, Friedrichshagen, Dachsbergstr. 1; Ricemann, Kaulsdorfer, Friedrichstr. 30; Gorch, Jägerstr. 10, Engelauer 24/25; Vnke, Inselstr. 6 (Verkauf-Rederger der G. E. G.); die Obente der Kreisbildungs-ausschüße sowie die Bezirksabteilungen.

Ber noch im Laufe des Dezember Ringsted wird, kann sich durch Ratsschluß des Beirates für Oktober und November das Anrecht auf das erste Buch sichern, welches Ende Dezember herausgegeben wird.

Forschungen im unbekanntem China. Vor der Pariser Geographischen Gesellschaft hat vor einigen Tagen der französische Forscher Legendre über die Ergebnisse seiner ausgedehnten Reisen in wenig unbekanntem Teilen Chinas berichtet, die ihn in das Tal des oberen Yangtze bis zu den tibetischen Wäldern geführt haben. Er durchforstete ein Gebiet von ungefähr hundert Kilometern Länge, das als

reiches Kohlenbecken seine besondere Aufmerksamkeit erregte. In dieser Gegend, die zu Schansi gehört, wird hauptsächlich Anthrazit gefördert. Der Forscher befürchtet von diesem Kohlenreichtum eine äußerst gefährliche Konkurrenz für die benachbarte französische Kolonie Tonking. Was die Vegetation angeht, so findet man in Schansi eine Flora, die eine überaus große Ähnlichkeit mit der europäischen hat. Außerordentlich häufig kommt der milde Thymian vor, und der weiße Flieder bedeckt im Juli in üppiger Fülle die Abhänge der Berge. Auch auf anthropologischem Gebiet ist die Gegend bemerkenswert. Sie liegt an der Straße, auf der sich im Lauf der Jahrhunderte die großen Völkerwanderungen von Osten nach Westen und umgekehrt vollzogen haben. Die unaufhörliche Flut der Wanderungen und Einfälle durch Sibirien, Turkestan und die Mongolei schuf sich dort eine breite Straße, auf der sich der geistige und ökonomische Austausch zwischen dem fernen Osten und den mesopotamischen Kulturen vollzogen hat. Diese anthropologischen Forschungen erlauben, die physische und ethnische Kraft der gelben Rassen und ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung auf sozialen und ökonomischem Gebiet zu ermessen. Die Provinz Schansi ist heute ein Grenzland des Friedens inmitten des brennenden Chinas. In dieser Gegend werden die alten chinesischen Traditionen noch mit besonderer Anhänglichkeit gepflegt. Der Gouverneur der Provinz hat bisher dank seiner Tapferkeit die Schrecken des Krieges von dem Land fernhalten können.

Sauerstoff zur Luftverbesserung. Im Pariser Stadtrat ist lebhaftes Interesse darüber geführt worden, daß in den Tunneln der Untergrundbahn eine unerträgliche Luft herrsche. Der Polizeipräsident hat daraufhin die Verkehrsbehörden ersucht, gemeinsam mit der Direktion der Untergrundbahn zu erwägen, wie man die Luft in den Tunneln verbessern könne. Vorge schlagen wurde zunächst die Anwendung von aromatischen und desinfizierenden Substanzen. Seit einigen Tagen ist man dazu übergegangen, Sauerstoff in großen Mengen zur Verbesserung der unterirdischen Atmosphäre anzuwenden, und, wie die Pariser Blätter berichten, hat man damit bereits ausgezeichnete Erfolge erzielt.

Humboldt-Hochschule. Dr. A. Wenzell spricht am Sonnabend 8 Uhr in der Aula Georgenstr. 30/31 über: „Actus in Licht moderner Forschung“.

Die Galerie Ferdinand Möller hat ihre neuen Geschäftsräume in Potsdam, Wallstr. 14, bezogen. Es ist eine Sammlung zeitgenössischer Kunst zu sehen, in der alte Werke des Kreis der Brücke aufstehen. Ein illustriertes Verzeichnis ist erschienen.

Die Sturmabteilung, das revolutionäre Komitee der Gesellschaft der Sturmabteilung findet am 10. Januar im Zoo statt. Auskunft durch den Sturm, Potsdamer Str. 184 a.

Der Bodsa naht! Unter dem Trud flüchtiger Notwendigkeiten scheint allmählich auf dem Gebiet des Sommerbades hinsichtlich der Stellungnahme zur Alkoholfrage eine beachtenswerte Richtungsänderung zu werden. Nachdem bisher Getränke nur mit 30 % Alkoholgehalt befreit werden durften, ist jetzt durch eine neue Verordnung die Befreiung von Säften und Sektieren mit einem Alkoholgehalt bis zu 30 % gestattet worden. Wenn man in Betracht zieht, daß der berühmte russische Schnaps „Wodka“ 40 % Alkohol enthält, so ist zwischen den heutigen Sektieren und denen der „guten alten Zeit“ nur noch ein Unterschied von 10 %.

Die „Nächtlichen.“

Wenn die Uhr eins schlägt und die Lokale ihre Porten schließen müssen, dann sammeln sich auf der Lavengienstraße die „Nächtlichen“. Das sind vergnügungssüchtige Leute aller Art, die nach Abenteuer suchen. In Nacht und Wind stehen sie vor dem Kadewe herum, bis es ihnen glückt, mit dem „letzten“ Autobus mitzukommen. Nicht um nach Hause zu fahren! Frierend und gähmend gondeln sie nach dem Norden Berlins, wo es in einer dunklen Straße — oberhalb der Friedrichstraße — einen Keller gibt, der jede Nacht geöffnet ist. Dieses einfache Bierlokal ist das Eldorado der Nachtschwärmer. Ein „Spammer“ läßt die Gäste ein, wofür er 50 Pf. in Empfang nimmt. Und im Keller geht es selbst zu, wenn auch Tanzen und Singen verboten ist. Man unterhält sich stundenlang bei einer „Rallen“, die nur 60 Pf. kostet und „koffi“ heimlich. Koffein nimmt der Fabrikant aus der Drobing, der sich hier Müll ökonomieren möchte, nimmt das Müll von der Straße, das auf der Suche nach einem Freier oder bloß gekommen ist, sich für ein paar Stunden aufzuwärmen. Man sieht auch sogenannte ausländische Leute, die vielleicht Neugier hierher verschlagen hat. Warum sitzen diese Menschen hier, phantastierend oder zankend. Zu Hause steht ihr Bett bereit und die Müdigkeit zehrt sich an ihren Gliedern. Es fehlt an allem Reizvollen, Langeweile hoch an den Wänden. In einem Keller nächtliche Ruhstunden zu vergeuden, können sich eben nur die leisten, die ehrlie Arbeit nie getarnt haben.

Ein wider Nachtbetrieb wurde gestern spät abends in einem Hause in der Hamburger Straße ausgehoben. Hier hatten zwei Leute in einer Wohnung im Erdgeschoß des Hofgebäudes, die nur aus einem Zimmer und Küche besteht, einen Schanzbetrieb eingerichtet. Schlepper, die sich in der Nähe aufstellten, versprochen den Gästen allerlei Gemütliche. Die Gäste waren aber durchaus nicht alle zufrieden mit dem, was geboten wurde, um so weniger, als sie übermäßige Preise für alle Getränke bezahlen mußten. Zwei Genossen gingen gestern zur Polizei, als sie „Kraut“ gemacht hätten und dafür hinausgeworfen worden waren. Beamte des 5. Reviers hoben die Bude aus und brachten die Gäste, 9 Herren und 5 Damen, darunter eine Schauspielerin, zur Feststellung ihrer Persönlichkeit nach der Wache.

Der Staatsener Meineidsprozeß.

Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Staatsanwalt.

Nach einträglicher Unterbrechung wurden heute die Verhandlungen vor dem Schwurgericht III in dem Meineidsprozeß gegen die Fürstengrafen von Meiningen wieder aufgenommen. Die an Ueberraschungen bisher schon außerordentlich reiche Verhandlung ist sich immer mehr zu einem Kampf zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft um die Nachprüfung der Beurteilung des Stadtrates Eggert zu. Als Landgerichtsdirektor Dr. Dransfeld die Verhandlungen mit dem Zeugnisauftrag eröffnete, zeigte sich, daß eine große Zahl neuer Zeugen geladen worden ist. Rechtsanwält Dr. Pindar: Die Verteidigung ist gestern abend mit der Benennung neuer Zeugen durch die Staatsanwaltschaft überfordert worden. Gegen dieses Verfahren in einem so wichtigen Prozeß muß die Verteidigung auf Grund der Strafprozessordnung protestieren. Es sind in diesem Stadium des Prozesses, da die Staatsanwaltschaft sieht, daß das Verfahren nicht den von ihr gewünscht und bisher erwarteten Fortschritt nimmt, neue Zeugen herangeführt worden, die trotz der jahrelang schwebenden Affäre bisher noch nicht hervorgetreten sind, und die über Beziehungen zwischen Stadtrat Eggert und die Angeklagte Wegner Wahrnehmungen gemacht haben wollen. Es muß auffallen, daß die Staatsanwaltschaft lediglich Zeugen geladen hat, die zu ungunsten der Angeklagten aussagen wollen. Die Staatsanwaltschaft soll eine objektive Behörde sein und hat daher, ebenso wie die Verteidigung, an der objektiven Feststellung der Wahrheit mitzuwirken und nicht nur einseitig Belastendes vorzubringen. Als aber am zweiten Tage der Verhandlung nachgewiesen worden war, daß die Zeugin Baermann, auf deren Aussage sich die Verteidigung des Stadtrates Eggert stützt, mindestens objektiv die Unwahrheit gesagt hat, hat die Staatsanwaltschaft auch die Verpflichtung anlässlich dieser Wendung, sich mit der Person der Frau Baermann zu beschäftigen. Diese neuen Zeugen bringen aber eine ganz neue Beweismittel, vor die die Angeklagte gestellt wird. Die Angeklagte ist in Haft, und der Verteidigung sind die Hände gebunden. Da muß doch uns Gelegenheit gegeben werden, selbst Ermittlungen über diese Zeugen anzustellen. Entweder muß die Staatsanwaltschaft auf diese Zeugen verzichten, oder es muß Verfügung eintreten. Sonst liegt eine Verletzung der Verteidigung vor. — Staatsanwaltschaftsrat Ramlau bestreitet, daß der Prozeß eine günstige Wendung genommen hat. Das sei nur in der Phantasie des Herrn Verteidigers gesehen, seine Hauptzeugen lämen erst. Er werde selbstverständlich nicht bloß die Belastung, sondern auch die Entlastung berücksichtigen. Bisher hätte er nur Belastungszeugen bekommen, und es sind noch mehr vorhanden. — R.-A. Baeder erklärte, daß die Verteidigung es mit ihrer Freiheit nicht in Einklang bringen könne, dieses neue Beweisverfahren ohne Prüfung hinzunehmen. Die neuen Zeugen der Verteidigung betrafen nur die Glaubwürdigkeit der Zeugin Baermann. Hier lämen aber ganz neue Beweismittel. Als wir gestern die Mitteilung erhielten, war das Ergebnis schon geschlossen. Wir konnten mit der Angeklagten nicht mehr Rücksprache nehmen. Wann bedente doch, daß sich hier Zeugen nach drei Jahren melden, obwohl ihnen das Verfahren schon längst bekannt war. Wenn unseren Anträgen nicht stattgegeben wird, so kann das unmöglich als eine ausreichende Verteidigung betrachtet werden. — Nach einer Beratung von einer Minute verständigte Landgerichtsdirektor Dr. Dransfeld den Gerichtsbeschluss, daß der Antrag der Verteidigung auf Aussetzung des Verfahrens abgelehnt wird, da die Voraussetzungen des § 251 nicht gegeben sind. Die Verteidigung habe noch genügend Gelegenheit, sich zu erkundigen, und es brauche deshalb mit der Vernehmung der Zeugen nicht gewartet zu werden.

Zunächst wurde sodann der zweite Bürgermeister von Spandau, Dr. Herz, vernommen, der sich über die Vergleichsverhandlungen zwischen den Eheleuten Baermann in deren Ehecheidungsprozeß äußern muß.

Zum Tode verurteilt.

Eine ländliche Tragödie.

Ein Mord, der am 3. Februar d. J. in Plattow an einem Landwirt verübt und Anfang Juli von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt wurde, kam gestern in Frankfurt a. M. zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht. Der Landwirt Wilhelm Schulze in Plattow hatte mehrere Kinder, darunter einen 21 Jahre alten Stiefsohn Otto Lange, der beim 9. Reiterregiment in Fürstentum diente. Diesem jungen Manne gefiel es bei der Reichswehr nicht mehr. Um sich loszumachen und sich in den Besitz der Wirtschaft seines Stiefvaters zu setzen, kam er auf den Gedanken, ihn zu ermorden. Dabei spielte noch mit, daß er sich an dem Stiefvater rächen wollte, weil er wiederholt seine Mutter geschlagen hatte. Zum Helfershelfer gewann Lange einen 20 Jahre alten Besitzersohn Max Dahle aus Plattow. Dieser hatte von seinem Vater ein 9-Wilhelms-Losung erhalten. Mit ihm gab es die beiden zur Probe je 5 Schuß auf eine Scheibe ab. Es zeigte sich, daß sie gleich aufschossen. Lange wollte aber doch nicht auf den Stiefvater schießen, und so übernahm es Dahle. Am 8. Februar abends, während eines Feuerwehreffestes im Ort, als der alte Schulze allein zu Hause war und am Tisch saß und seine Zeitung las, schritten die beiden zur Tat. Sie versetzten auf kurze Zeit das

Feuerwehreffest und schlichen sich an das Schloß heran. Auf ein Geräusch, das sie machten, nahm Schulze seinen Revolver, ging hinaus und traf die beiden. Lange gab nun vor, daß er nur seinen Mantel holen wollte. Während er ihn herausholte, blieb Dahle mit dem Leiching unter dem Mantel bei Schulze auf dem Hofe. Beide gingen dann wieder weg. Schulze kehrte in das Haus zurück und setzte sich wieder an den Tisch. Jetzt stellte sich Lange von neuem an das Fenster, Dahle legte das Leiching auf seine Schulter, brückte ab und traf Schulze durch die Scheibe in den Kopf, so daß er tot zusammenbrach. Die kleineren Kinder, die jetzt erwachten, glaubten, daß der Vater sich selbst erschossen habe, und liefen nach dem Feuerwehreffest. Vom Land aber den Revolver auf dem Schrank, den Schulze wieder hingelegt hatte, und so war ein Selbstmord ausgefallen. Die beiden Täter, die gleich zu dem Tode zurückschickten waren, liefen den Verdacht auf einen Schmeidegesellen S. aus dem Nachbarort Busow, der mit seiner Werbung um eine Tochter des Ermordeten abgewiesen, einmütig geäußert hatte, daß er der Familie eins auswichen werde. S. wurde verhaftet, nach zwei Monaten aber wegen Mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt. Anfang Juli wurde dann die Berliner Kriminalpolizei mit den Ermittlungen beauftragt. In ganz kurzer Zeit klärte sie das Verbrechen auf und brachte Lange und Dahle im Berliner Polizeipräsidium zum Geständnis. Lange erhängte sich darauf im Gewahrsam. Dahle stand gestern vor den Geschworenen und wurde zum Tode verurteilt.

Verhekte Schuljugend.

Die Verhörung der „höheren Schüler“ Neuföllns.

In der gestrigen Reutlinger Bezirksversammlung gingen die Bogen der Erregung wieder sehr hoch. Das Thema der verhekten Jungen an der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, das schon in der vorigen Sitzung zu stürmischen Auseinandersetzungen geführt hatte, wurde gestern endgültig erledigt. Dramatisch wurde die Szene, als unser Redner, Genosse Harmsch, den Deutschnationalen Kloß darauf aufmerksam machte, daß er jetzt bereits bei allen Parteien „unten durch“ sei, was selbst seiner Partei nahebestehende Zeitungen gesehen, indem sie ihn als einen tüchtigen Schächer bezeichnen. Kloß verließ darauf stuchartig den Saal.

Auf Betreiben des Kultusministers Dr. Boellh ist gerade der am schwersten belastete Oberprimarier Hoffmann in der Schule wieder zugelassen worden. Der Direktor Dr. Marshall antwortet immer noch. Ist es da ein Wunder, wenn schon wieder an einer anderen Reutlinger Anstalt ein ungeheures Aufsehen erregender Vorgang zu verzeichnen ist? Die vereinigte Rechte hatte in einem Antrag Auskunft verlangt über die Abgänge von Schülern in Kaiser-Friedrich-Realschule seit Ostern d. J. Der Vorsitzende dieser Fraktion, der abgebaute Studentrat und Stadtwahlbezirk Dr. Bierbach wollte durch diesen Antrag den Nachweis erbringen, daß an der Anstalt, wo unser Genosse Dr. Karsten Direktor ist, die Abgänge besonders groß seien. Genosse Stadtrat Dr. Löwenstein legte eine bis ins kleinste detailierte Statistik aller drei Anstalten vor, und da zeigte sich zur Ueberraschung der Rechten, daß gerade dort, wo deutschnationale Direktoren witzten, der Abgang am größten war. Noch verblüffender war keine Feststellung, daß gerade aus den Klassen die Schülerabwanderungen am größten waren, wo deutschnational eingestellte Lehrer unterrichtet. Es wird endlich Zeit, daß einmal gegen berartige kundensüßer Anfragen, die immer von diesem Studenterrat kommen, Front gemacht wird. Noch dazu, wenn der Vorsitzende dieser Fraktion noch so naiv ist, zu seiner Entschuldigung zu erklären: „Er kenne die Vorgänge nicht, so seien ihm nur so mittelbar“ worden.“ Unser Redner, Genosse Grabe, konnte zum Schrecken der Rechten die wahren Ursachen der Anfrage aufdecken. In dieser Anstalt ist nämlich ein Schüler, dessen Vater Vorsitzender des Elternbeirats war, auf einstimmigen Beschluß des Lehrerkollegiums entlassen worden, weil er zu einem Mitschüler gegen den Direktor der Anstalt, Genossen Dr. Karsten, unverschämte Worte gebraucht hatte.

Letzter Tag im Haarmannprozeß.

Gutachten und Plädoyers.

R. Hannover, 18. Dezember.

Zu dem Gutachten der Sachverständigen zu den Plädoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers Haarmann wäre noch folgendes nachzutragen: Nachdem Geh. Medizinalrat Dr. Brandt, der bei früheren Gelegenheiten Haarmann begutachtet hat, sich über dessen Geisteszustand ausgesprochen hatte, erhielt Geheimrat Prof. Dr. Schulze-Gebtingen das Wort zu seinem ausführlichen Gutachten: er ging zu allererst auf das Vorleben Haarmanns und auf die früheren Gutachten ein. Er bestritt deren Richtigkeit. Jungendliche sei bei Haarmann ausgeschlossen, da er nicht das typische Bild der Jähzornigkeit biete. Und selbst wenn man zugeben wolle, daß er an epileptischen Anfällen gelitten habe, so müßte man sagen, daß seine Geisteskräfte während der diesen Jahre von dieser Epilepsie nicht gelitten haben. Prof. Schulze bestreitet, daß Haarmann seine Handlungen im Zustande der Bemüßlosigkeit oder einer krankhaften Störung der Geistesfähigkeit, die die freie Willensbestimmung ausschließt, begangen habe. Prof. Schulze legt sein Gutachten dahin zusammen, daß Haarmann zwar ein minderwertiger Mensch sei, daß jedoch der § 51 StGB. auf ihn nicht zutreffe. Medizinalrat Dr. Schadowitz, der monatelang Gelegenheit hatte, Haarmann zu beobachten, äußerte sich dahin, daß bei Haarmann einerseits eine äußerst schwere ärtliche Belastung vorläge, daß es in der ganzen Haarmannschen Familie nur ein halbwegs normales Kind gäbe und daß andererseits die Bedeutung für die ärtliche Belastung durch seine äußerst unglückliche Umwelt noch erhöht wurde. Bei dem geistigen Zustand Haarmanns müßte man sich wundern, daß er überhaupt in seinem Leben trotz alledem ein Jahr in der Schweiz Arbeit gefunden. Neben der unbedingt intellektuellen Schwäche, die eine äußerst tiefe Stufe der Intelligenz offenbare, ist er geradezu ein moralisch stumpf zu bezeichnen. Von dieser Stumpfheit fürte ein normaler Mensch sich überhaupt keinen Begriff machen. Medizinalrat Dr. Schadowitz kommt zu dem folgenden Schluss: Haarmann hat sich zur Zeit der strafbaren Handlungen weder in einem Zustand der Bemüßlosigkeit noch in einem Zustand der krankhaften Störung der Geistesfähigkeit befunden, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Er ist auch jetzt nicht geisteskrank. Seine moralische Minderwertigkeit läßt die Möglichkeit offen, daß er auch ohne besondere geschlechtliche Erregung Tötungen vornahm, lediglich um die Rache seiner Opfer zu erlangen.

Verhandlungsbericht.

Hannover, 18. Dezember. (Trahterbericht.) Der Andram des Publikums zu dem heutigen letzten (13.) Verhandlungstag des Haarmann-Prozesses, der das Urteil gegen den Weissenmörder und dessen Mitangeklagten Grans bringen soll, ist bei weitem stärker als während der bisherigen Dauer des Prozesses. Auch an den beiden Enden der von der Polizei abgeperzten Beobachtungsstraße, über die die beiden Verbrecher aus dem Untersuchungsgefängnis nach dem Justizgebäude geführt werden, drängten sich heute früh dicke Menschenmengen, um einen Blick auf die beiden Angeklagten werfen zu können. Vor Eröffnung der Sitzung wird bekannt, daß Haarmann, nachdem er unmittelbar vor keinem Urteil steht, außerordentlich nervös geworden ist und sich im Gefängnis gemehert hat, allein in seiner Zelle zu schlafen, da er in einer klandinen Attentatsversuch lebt. Infolgedessen ist des Nachts in seine Zelle ein Beamter untergebracht, auch schon aus dem Grunde, weil die Justizverwaltung etwaigen Selbstmordversuchen des Weissenmörders vorbeugen will. — Beim Betreten des Schwurgerichts-

saales schien Haarmann jedoch wenigstens äußerlich seine bisherige Ruhe und Gleichgültigkeit wiedergewonnen zu haben, während Grans heute noch blässer als sonst aussieht und anscheinend sehr niedergedrückt ist. — Erst um 10 1/2 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Bödelmann die Sitzung und erteilte dem Staatsanwaltsrat Dr. Bagenstieffer das Wort zu seiner Anklage gegen den Mitangeklagten Haarmann, Hans Grans. Der Staatsanwalt schilderte zunächst das Vorleben des Angeklagten und sein Zusammenleben mit Haarmann, so wie sich das Bild aus dem Gang der Ermittlungen und der Verhandlung ergeben habe. Dann geht er auf die Hauptanklage gegen Grans ein, und zwar auf die Anklage zum Morde in den Frühen Hannappel und Wittig, neben der gegen Grans nur noch Anklage wegen gewerbsmäßiger Hehlerei erhoben worden ist.

Zum Schluss seines Plädoyers beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Wilde gegen Grans wegen Anklage zum Morde in zwei Fällen zweimal die Todesstrafe und wegen der Hehlerei, aus der heraus diese Verbrechen begangen worden seien, die dauernde Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte. Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, die als fortgesetzte Hehlerei zu betrachten sei, beantragte er drei Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Entgegen den bisherigen Dispositionen haben sich die Prozeßbeteiligten im Anschluß an das Plädoyer des Oberstaatsanwalts jedoch entschlossen, den Prozeß heute noch nicht zum Abschluss zu bringen, sondern erst am morgigen Freitag noch die beiden Angeklagten zum letzten Wort kommen zu lassen und im Anschluß daran das Urteil zu fällen.

Eine Hinrichtung.

Erfurt, 18. Dezember. (M.) Heute früh wurde auf dem Hof des Landgerichtsgefängnisses in Erfurt der Landwirt Eisfeld aus Ringelheim am Köpfbauer, der seine Ehefrau erwürgt und dann ins Wasser geworfen hatte, und vom Erfurter Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, durch den Scharfrichter Grosse aus Breslau hingerichtet.

Eisenbahnunglück in Algerien. Auf der Stelle Philippeville—Constantine (Algerien) ist beim Einfahren in einen Tunnel ein Zug entgleist. Der Lokomotivführer, ein Unbekannter, sowie mehrere Militärpersonen wurden getötet, 18 Reisende schwer verletzt. Sechs Eisenbahnwagen wurden zerstört.

Die Pläne des Fleiner-Schiffes in Amerika. Mit dem Dampfer „Albert Ballin“ trafen gestern die Pläne des Fleimerischen Rotor-Schiffes in New York ein.

Ein interessanter Brückenbau. Die über den Donaukanal in Wien führende Brigittabrücke wurde mittels Glycerinbomben um 40 Zentimeter gehoben, auf Stadtkarren gefahren und sodann mit Hilfe von Drahtwinden um 20 Meter verhöhen. Hierbei gelangte ein neues technisches Verfahren zur Anwendung, bei dem nur 12 Arbeiter die 700 000 Kilogramm schwere Brücke von der Stelle brachten. Die verhöbene Brücke wird einstweilen dem Verkehr dienen bis ein neuer, breiterer und tragfähigerer Brückenbau an der alten Stelle fertiggestellt ist. Dem interessanten Schauspiel wohnten tausende Menschen an beiden Ufern des Donaukanals bei.

Infolge der Entgleisung eines Güterzuges auf dem Bahnhof Hohenturm, Bezirk Halle, wobei Personen nicht verletzt wurden, mußten die Hochgeschwindigkeit Berlin—München—Stuttgart und umgekehrt umgeleitet werden, was größere Verspätungen zur Folge hatte.

Verbindlich erklärter Schiedspruch. Der Schiedspruch vom 10. Dezember d. J. für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist von Amis wegen für verbindlich erklärt worden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Zum Weihnachtsfest bringt das bekannte Schloß-Brot, Müllergasse 21, mit seinen Pfälzer Rastbrot, Baum 13 und Pfälzerbrot Alles in unserem Laden ganz besonders billig Angebot. Es sei insbesondere auf das heutige Angebot des Firma hingewiesen.

Gewerkschaftsbewegung

Keine Vorauszahlung der Januargehälter.

Das Wolff-Bureau meldet: Durch die Presse geht die Nachricht, den Spitzenverbänden der Beamtenschaft sei im Reichsfinanzministerium mitgeteilt worden, dieses werde bemüht sein, die Januargehälter kurz nach den Festtagen, also vor dem Fälligkeitstage auszusahlen. Diese Nachricht ist frei erfunden. Den im Reichsfinanzministerium erschienenen Beamtensprechern wurden vielmehr eingehend die Gründe auseinandergesetzt, die eine frühere Zahlung der Januargehälter verbieten; auf ihren Wunsch wurde ihnen lediglich zugesagt, die Frage dem Reichsminister der Finanzen nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub noch vorzutragen.

Generalversammlung der Holzarbeiter

Kommunisten gegen Freilassung der Politischen.

Die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter am 25. November konnte bekanntlich nicht beendet werden, weil die KPD-Delegierten bei Behandlung der Beitragsfrage einen Tumult herbeiführten. Die Versammlung wurde deshalb am 16. Dezember fortgesetzt. Zunächst hielt Genosse Ufermann einen Vortrag über die Wirtschaftskrisis und die Gewerkschaften.

Zur Beitragsfrage hatte der Kollege Freitagang das Schlusswort. Er wies ausführlich nach, daß seine Ausführungen in der vorigen Generalversammlung über die Stellung der kommunistischen Partei zur Gewerkschaftsfrage richtig waren. Die verschiedenen Parteien und Rundschreiben, die die kommunistische Gewerkschaftsableitung in den Vorjahren herausgab, sowie die Einstellung der KPD im allgemeinen wurden zur Agitation gegen die Gewerkschaften benutzt, mit dem Erfolg, daß viele Mitglieder an den Gewerkschaften irre wurden. Wenn die KPD. jetzt wieder die Parole ausgiebt: „Hinein in die Gewerkschaften!“, dann beweist dies doch, daß man im Lager der KPD. vordem nicht noch diesem Grundsatze handelte.

Die nunmehr erfolgte Abstimmung über die Vorlage zur Beitragsregelung ergab deren Annahme. Auch die Vertrauensmännerparlamenten der Bezirke und Branchen haben mit Dreiviertelmehrheit der Vorlage zugestimmt.

Zur Verhandlung stand eine Resolution, welche die Aufhebung der Klassenurteile und Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland forderte. Ein aus der Versammlung gestellter Zusatzantrag, auch für die Freilassung der politischen Gefangenen und die Herstellung der Pressefreiheit in Rußland einzutreten, wurde von einer Anzahl kommunistischer Delegierten bekämpft. Sie behaupteten, in Rußland gäbe es überhaupt keine politischen Gefangenen, worauf ihnen erwidert wurde, daß in Rußland allerdings alle Nichtbolschewisten auch im politischen Kampf als gemeine Verbrecher behandelt und bezichtigt werden. Unter diesen Umständen könne es dort freilich keine politischen Gefangenen geben. Auf das Gesuch nach Amnestie wurde von den Rednern der Amsterdamer Richtung erwandt, daß es stets der Stolz der deutschen Arbeiterbewegung, selbst unter dem Sozialkaiserreich, gewesen sei, die bürgerliche Klasse im Rahmen der Gesetzmäßigkeit und mit geschickter Ausnutzung derselben zu bekämpfen. Die Kommunisten dürften sich nicht wundern, daß, wenn sie dauernd Gewalt gegen andere predigen, die Gewalt sich schließlich auch gegen sie kehrt. Trotz alledem wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß ihre Resolution auf Befehl der politischen Gefangenen, mit dem Zusatzantrag

allerdings, einstimmige Annahme finden würde. Bei der Abstimmung erlebte man jedoch eine Ueberraschung. Als der Versammlungsleiter Böse über den Zusatzantrag abstimmen ließ, erhoben sich die Hände sämtlicher Amsterdamer Delegierten, die Kommunisten stimmten dagegen. Stürmische Pfui-Rufe der großen Mehrheit der Versammlung quittierten dies schändliche Verhalten. Da nach Annahme des Zusatzantrages die Kommunisten an ihrer eigenen Resolution kein Interesse mehr hatten, war sie damit gefallen. Ein Zeichen, daß es ihnen nicht auf die Sympathieerklärung mit den politischen Gefangenen ankam, sondern daß sie die bedauerlichen Opfer ihrer Diktatorpolitik wiederum nur als Agitationsmaterial mißbrauchten.

Die Berliner Holzarbeiter werden bei den kommenden Delegiertenwahlen zur neuen Generalversammlung aus diesem Verhalten die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen müssen und dafür sorgen, daß Leute gewählt werden, denen es auf eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen innerhalb der Gewerkschaften ankommt.

Lohnkonflikt bei der Hochbahn.

Die Direktion der Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft hat gestern die Lohnforderungen des technischen Personals abgelehnt, ohne das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Da auch das Fahrpersonal mit Gehaltsforderungen an die Direktion herangetreten ist, werden heute die Verhandlungen über beide Arbeitnehmergruppen fortgesetzt.

Lohnstreit in der Karosserieindustrie.

Die Arbeitnehmer in der Berliner Karosserie- und Wagenbauindustrie haben das geltende Lohnabkommen zum 9. Dezember gekündigt. Sie verlangen eine Aufbesserung der jetzigen Löhne um

etwa 25 Proz. auf 1 M. pro Stunde. Die Arbeitgeber haben die ganze Kündigungsfrist verstreichen lassen, ohne auf das Kündigungs schreiben der Arbeiterorganisationen Antwort zu geben. Erst am 9. Dezember, dem letzten Geltungstage des Lohnabkommens, lief ein Schreiben von ihnen beim Metallarbeiterverband ein, in dem sie jede Lohnerhöhung ablehnten, weil die Automobil- und Wagenindustrie auf dem Inlandsmarkt mit bedeutenden Absatzschwierigkeiten zu rechnen hätte und das Auslandsgeschäft durch rationaler fabrizierende Fabriken im Ausland fortgenommen sei.

Das soll also heißen, daß die deutschen Arbeiter zu Glendelöhnen arbeiten müssen, um die Unfähigkeit oder Bequemlichkeit der deutschen Unternehmer auszugleichen.

Aus den Berichten, die die gestern versammelten Vertrauensleute aus den einzelnen Betrieben gaben, war zu erhellen, daß die Berliner Betriebe gut beschäftigt sind. Die Vertrauensleute gaben sich deshalb mit dem abschlägigen Bescheid der Unternehmer nicht zufrieden, wollen jedoch, bevor weitere Schritte unternommen werden, das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am Sonnabend abwarten.

Tariffreitigkeiten in der Brauindustrie.

In einer Versammlung der Funktionäre aus den Brauereien Groß-Berlins gab gestern abend Bevollmächtigter Hobapp einen Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen mit dem Unternehmerverband. Die Arbeiter in der Brauindustrie hatten das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt und für alle Gruppen eine Erhöhung der Löhne um 5 M. gefordert. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern wurde schließlich erreicht, daß diese für geleistete Arbeiter eine Zulage von 2 M. für das Fahrpersonal und die Ungelernten eine solche von 1,50 M. pro Woche geben wollten.

Kußerdem sollten die Provisionen für die Fassbierfahrer erhöht werden. Die Löhne würden sich nach dieser Erhöhung auf 39,50 M., 35 und 34 M. stellen. Es sind das Wochenlöhne, die für eine 48stündige Arbeitszeit gezahlt werden. Die Geltung des neuen Lohnabkommens war bis zum 31. März nächsten Jahres festgelegt worden. Nach einer vagen Zusprache wurde das Angebot der Unternehmer gegen wenige Stimmen abgelehnt und die Lohnkommission beauftragt, neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern nachzusuchen. Sollten auch diese nicht den gewünschten Erfolg bringen, wird der Schlichtungsausschuß angerufen werden.

Die Versammlung beschloß ferner, den geltenden Manteltarifvertrag zum 31. März nächsten Jahres zu kündigen. Bemängelt wurde besonders die lange Arbeitszeit der Maschinenisten und Heizer, die durch ihre Schichtarbeit bedeutend länger als 48 Stunden pro Woche arbeiten müssen, obwohl der Achttundentag im Tarif einwandfrei festgelegt ist. Die Diskussionsredner verlangten ferner die Bestimmung des Tarifes, daß außerhalb der Pausen kein Bier getrunken werden darf abgeändert wird. Es handelt sich hier um den sogenannten Hausstrunk für die braugewerblichen Arbeiter.

Lohnerhöhung in der Solinger Metallindustrie.

Köln 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der Solinger Industrie ist zwischen dem Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft eine Einigung über eine Lohnerhöhung für die Fabrikarbeiter in der Metallindustrie erzielt worden. Die Löhne werden durchschnittlich um 10 Proz. erhöht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calson; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Satire und Sonette: Erik Rathke; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Weihnachts-Sonderverkauf zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen!



Juhl-Zigarren sind in über 1200 Zigarren-Geschäften erhältlich!

PAUL JUHL TABAKINDUSTRIE-GESELLSCHAFT / BERLIN-PANKOW

Weihnachten im Schuh-Lokal

Wir bringen unserer werten Kundschaft zu Weihnachten so erstaunlich billige Preise, daß sich jeder auch mit den bescheidensten Mitteln ein Paar gute Schuhe bei uns kaufen kann. Unsere Auswahl in Gebrauchs- wie auch in Luxuschuhen ist ganz enorm groß, unser Lager beträgt über 30000 Paar.

Eine glückliche Familie

Hier nur einige Beispiele • Besichtigen Sie unsere 17 Schaufenster

Für Herren:		Für Damen:	
Herrn-Stiefel edel Doxrind, mod. Form	6 ⁹⁰	Halbschuhe Chromleder z. Schnüren Größe 35-38 sowie alle Größen in grau, schwarz und braun, Affenhaut, Pumps, Schnür- und Spange, moderne Formen, gutes Fabrikat	3 ⁹⁰
Herrn-Stiefel auf Randweiß gebleicht, moderne Form	7 ⁹⁰	Halbschnürschuhe und mod. breite Schließespanne, echt R'-Chevreau und Chromleder, mod. spitzte Form, gutes Material	5 ⁹⁰
Arbeits-Stiefel kräftig, Spalleder Größe 40-45	5 ⁹⁰	Luxus-Spangen- u. Schnürschuhe in Lack u. Leder mit farbige, Desset, meist Louis XV. Absatz, sehr elegant	9 ⁹⁰
Herrn-Stiefel orig. Goodyear Welt, bekanntes gutes Fabrikat, mod. Form	12 ⁵⁰	Ein Posten fetter	
Brauner Sportsstiefel mit geschlossener Lasche, sehr gutes Material	12 ⁸⁰	Luxus- u. Straßenschuhe Wildleder, Boxcall, Nubuk etc., hochelegante Sachen teils Goodyear Welt, Schnür-Pumps und Spange, Gr. 35-40, Serie I 8,99, Serie II	6 ⁹⁰
Elegante Gamaschen neueste Modelarben	3.90 2 ⁹⁵	Warme Hausschuhe kariert und feinfarbig mit Stoffsohle	1 ⁴⁵
Feine Luxusachen mit grau Nubuck-Einsatz in Lack und Leder, große Auswahl, billig		Kamelhaar-Umschlag und Hausschuhe sowie elegante feinfarbige Morgenschuhe	2 ⁹⁰
Für Kinder:		Kunstseidene Damensrümpfe in vielen Farben	1 ⁷⁵
Kamelhaarschuhe mit Spange, Filz u. Leder, sohl. 25/30 1.95, 31/35 2.45, 31/34	1 ⁷⁵		
Feinfarbige rote Ohrenschuhe, Kamelhaarschnallenstiefel sowie alle Sort. Leber Kinderstiefel in gut. Qualitäten bei uns billig			



Münzstraße 25 / Kolibuser Damm 13 / Frankfurter Allee 54

Frisches Fleisch

Hammelvorderfleisch	Pfund	65 Pf.
Hammelrücken	Pfund	75 Pf.
Hammelkeule	Pfund	85 Pf.
Kalbskamm	Pfund	75 Pf.
Kalbskeule u. Brust	Pfund	85 Pf.
Schweinebauch	Pfund	95 Pf.
Schweinekotelett	Pfund	120
Lieser	Pfund	100
Casseler Rippespeer	Pfund	125
Schweineköpfe leicht gepökelt	Pfund	38 Pf.
Prima fettes Ochsenfleisch gefr.	Pfund	65 Pf.
Prima fettes Suppenfleisch gefr.	Pfund	55 Pf.
Prima fette Ochsenherzen gefr.	Pfund	35 Pf.

Wurstwaren Wild u. Geflügel

Landleberwurst	Pfund	55 Pf.	Rebblätter	Pfund	170
Hausm.-Leberwurst	Pfund	95 Pf.	Gänsestückenfleisch	Pfund	98 P.
Rotwurst	Pfund	75 P.	Gänsekeulen	Pfund	180
Fleischwurst	Pfund	95 P.	Gänserümpfe	Pfund	170
Jagdwurst	Pfund	1 ⁴⁰	Gänseklein	Pfund	198
Eine Ladung Prima Gänse		Pfund	175		

Sonntag 21. Dezbr. von 2-6 Uhr geöffnet

Gebr., Aktien-Gesellschaft

Swinemünder Str. 86 Ecke Lorisingstr.

Für sparsame Hausfrauen eine ebenso billige als vorzügliche Bezugsquelle in

Lebensmitteln

Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfund	18 Pf.	Zucker Pfund	29 Pf.	
Auszugmehl Sonnengl. 39 Beut.		128	Amerik. Sahne	Dose	48 Pf.
Mohn blau	Pfund	75 Pf.	Kunsthonig	1 Pfund-Paket	45 Pf.
Rosinen	Pfund	60 Pf.	Pflaumenmus	Pfund	50 Pf.
Korinthen	Pfund	70 Pf.	Walnüsse	Pfund	56 Pf.
Sultaninen	Pfund	75 Pf.	Haselnüsse	Pfund	95 Pf.
Kokosnuß	Pfund	68 Pf.	Krachmandeln	Pfund	110
Mandeln süß	1/4 Pfund	60 Pf.	Mandarinen	Pfund	38 Pf.
Mandeln bitter	1/4 Pfund	60 Pf.	Zitronen	Dutzend	48 Pf.
Zitronat	1/4 Pfund	90 Pf.	Apfelsinen	Dutzend	70 Pf.
Puderzucker	Pfund	48 Pf.	Weintrauben	Pfund	70 Pf.
Tafel-Margarine	Pfund	60 Pf.	Pfefferkuchen	von Biederstein Metzger in großer Auswahl	
Cocosfett	Pfund	75 Pf.			
Gezuckerte Milch	Dose	39 Pf.			

Weine und Spirituosen

Französ. Rotwein	1/2 Flasche	113	Obermosler	1/2 Flasche	108
Tarragona	1/2 Flasche	152	Rom-Verschnitt	1/2 Flasche	420
Malaga	1/2 Flasche	222	Weinbr.-Verschu.	1/2 Flasche	310
Frucht-Sekt	1/2 Flasche	210	Die Weinpreise verstehen sich einschließlich Steuer, ohne Glas.		